

Ende der Wende?

von Ingolfur Blühdorn

Institut für Gesellschaftswandel und Nachhaltigkeit (IGN), Wirtschaftsuniversität Wien

Vor einigen Jahren schrieb die kanadische Bestsellerautorin Naomi Klein ein Buch mit dem Titel *This Changes Everything*. Mit „this“ meinte sie den Klimawandel, und sie sprach von erheblichen politischen und gesellschaftlichen Krisen, die auftreten würden, wenn es den wohlhabenden Konsumgesellschaften des Globalen Nordens nicht endlich gelänge, eine umfassende sozial-ökologische Transformation zu vollziehen. Ihre Botschaft verhalte – wie unzählige ähnliche zuvor. Bereits vierzig Jahre früher, 1975, hatte ein führender deutscher Sozialdemokrat, Erhard Eppler, ein kleines Buch vorgelegt, das *Ende oder Wende* heißt. Im deutschsprachigen Raum wurde es einer der wichtigsten Texte der modernen Umweltbewegung. Eppler betonte damals ganz ausdrücklich die „Machbarkeit des Notwendigen“. Immer und immer wieder wurden die Warnungen seither verschärft. Und sie wurden mit großen Mengen wissenschaftlicher Daten untermauert. Aber das Notwendige ist offenbar doch nicht machbar. Wie lässt sich das erklären? Wie kommt es, dass die Nicht-Nachhaltigkeit so erstaunlich nachhaltig ist?

Das ist eine unbequeme Frage. Einfache Antworten – etwa, dass die globalen Konzerne die Ökologisierung der Gesellschaft mit aller Macht blockieren, obwohl die meisten Bürger sie doch dringend wollen – wischen solche Fragen schnell vom Tisch. Und dann kommt zum Glück auch schon die erlösende Beobachtung: Da tut sich doch gerade etwas! Stehen wir nicht gerade jetzt im Augenblick

an dem Punkt, wo tatsächlich – buchstäblich noch in letzter Minute – alles anders wird? Im positiven Sinne! Und trotz Donald Trump und der Unbelehrbaren, die sich weiterhin gegen jeden ernsthaften Nachhaltigkeitswandel stemmen. Wende statt Ende?

Ja, es tut sich etwas. Die gigantischen Waldbrände in Australien, Brasilien, Kanada oder Grönland; die furchterlichen Überflutungen, Unwetter, Hitzewellen und Dürreperioden überall auf der Welt, auch hier in Österreich; der rasende Rückzug der Gletscher und des Polareises; das unerwartet schnelle Auftauen der Permafrostböden in Alaska und Sibirien; das Insektensterben, der Bientod, der dramatische Verlust der Singvögel. All das ist in jüngster Zeit mit großer Macht ins öffentliche Bewusstsein eingeschlagen. Nie waren diese Themen so präsent wie in den vergangenen Monaten. Wir haben jetzt eine Klimabewegung, wie sie noch vor kurzem niemand für möglich gehalten hätte. Auch an den höchsten Stellen hat sie überall Gehör gefunden. Da wird tatsächlich etwas anders! Oder ist die neue Welle vielleicht doch schon wieder auf dem Rückzug?

Sicher, der UN-Klimagipfel in Madrid ist umfassend gescheitert und inzwischen vergessen. Und da Protestbewegungen stets Mobilisierungszyklen unterliegen, war immer zu erwarten, dass es der neuen Klimabewegung letztlich nicht anders ergehen wird als Occupy Wallstreet und den vielen anderen Bewegungen davor. Aber alle sind sich einig: Die jungen

Menschen, denen die Theoretiker der so genannten Postdemokratie gerade noch nachgesagt hatten, dass sie politisch desinteressiert oder apathisch seien, haben Großes erreicht. Endlich, so heißt es, hat der Klimawandel jetzt den Stellenwert im gesellschaftlichen Bewusstsein, der ihm dringend zukommt. Klarer denn je ist angesichts der sich überschlagenden Katastrophenmeldungen: Unser Haus steht in Flammen! Eine große sozial-ökologische Transformation der Gesellschaft ist unverzichtbar! Und es ist *Zeit zu Handeln*; sofort! Zugegeben, die Rechtspopulisten aus den USA oder Brasilien waren in Madrid, wo dies das Motto des Gipfeltreffens war, die wesentlichen Bremser; und auch hierzulande stellen sie sich robust gegen jede Form der Klimapolitik. Aber bei der letzten Wahl zum Europäischen Parlament und bei verschiedenen nationalen Wahlen haben Grüne Parteien zuletzt beeindruckende Stimmzunächse erzielt. In Österreich sind sie nun sogar an der Regierung beteiligt. Das ist revolutionär. Das gab es noch nie.

Tatsächlich hat Österreich jetzt eine Regierung, die im Gegensatz zu ihrer Vorgängerin weniger spaltet, als vielmehr zusammenführt. Sie repräsentiert die Kerninteressen von Wählern, die ihre jeweiligen Parteien aus einander radikal entgegengesetzten Gründen gewählt haben. Von „grundlegenden Differenzen“ war während der Koalitionsverhandlungen immer die Rede und von „schmerzhaften Zugeständnissen“. Doch herausgekommen ist ein Koalitionsvertrag, *Aus Verantwortung für Österreich*, in dem sogar Umweltverbände optimistisch eine „ökologische Trendwende“ erkennen. Und die EU-Kommission hat inzwischen einen *Green New Deal* beschlossen. Es passiert also etwas. Ist das Notwendige jetzt also endlich machbar?

Die Hoffnung, dass es so sein könnte, und die Bereitschaft, es so zu sehen, sind groß. Wir *wollen* hoffen, denn ohne Hoffnung auf Verbesserung wären die immer neuen Katastrophenmeldungen kaum zu ertragen. Und wir *müssen* hoffen, denn wenn wir die Hoffnung aufgeben, wird es mit der ökologischen Trendwende ganz sicher nichts. Aber Hoffnung allein genügt

nicht. Grüne Regierungsbeteiligungen hat es anderswo schon früher gegeben; in Deutschland etwa von 1998 bis 2005. Und auch die Idee eines Green New Deal ist nicht gerade neu, weder dem Namen nach noch in der Substanz. Umso wichtiger ist daher die Frage, wie berechtigt solche Hoffnung eigentlich ist. Könnte es nicht auch sein, dass diese Regierungskoalition gar nicht so unwahrscheinlich ist, wie sie zunächst erscheinen mag? Könnte es sein, dass gerade diese Türkis-Grüne Partnerschaft – ebenso wie der Green New Deal des Europäischen Parlaments – trotz aller Bekenntnisse zur Dringlichkeit des radikalen Wandels weniger für eine ökologische Trendwende steht als für die Sicherung von Freiheitsverständnissen und Lebensstilen, die auch viele Wähler der Grünen trotz bekannter Nicht-Nachhaltigkeit sehr lieb gewonnen haben? Auch das würde ja durchaus Hoffnung verbreiten. Gewissermaßen ein *New Deal für die nachhaltige Nicht-Nachhaltigkeit*.

Der bloße Gedanke, dass dies so sein könnte, scheint völlig verwegen. Alle Beteiligten würden ihn entrüstet zurückweisen. Niemals könnten die Grünen oder ihre Wähler sich zur Verteidigung nicht-nachhaltiger Privilegien bekennen – auch wenn sehr viele von ihnen zweifellos in mehrfacher Hinsicht privilegiert und in ihren Lebensstilen besonders nicht-nachhaltig sind. Und auch bei anderen ist die Neigung, sich durch allzu kritisches Nachfragen die gute Laune und den Spaß am Leben verderben zu lassen, äußerst gering. Auffällig ist aber, dass nun plötzlich versichert wird, der Klimaschutz solle nicht zu einer Mehrbelastung der Bürger führen. Hatte es nicht geheißen, die bisher zu Lasten der Ökologie, des Klimas, der internationalen Gerechtigkeit und der zukünftigen Generationen externalisierten Kosten müssten umgehend in die Kalkulation einbezogen und realistische Preise bezahlt werden? Auffällig ist auch, dass nun vor allem noch von Marktinstrumenten wie zum Beispiel der Bepreisung von CO₂ die Rede ist. Hatte es nicht gerade darum gehen sollen, aus der reinen Marktlogik auszusteigen und zur Logik der Politik zurückzukommen, die der Neoliberalismus so erfolgreich diskreditiert hatte – bis die

Banken- und Finanzkrise ihn seinerseits diskreditiert hat? Auffällig ist drittens, dass von Begrenzung, Beschränkung und Grenzeinhaltung nun nicht mehr die Rede ist, sondern der Klimaschutz und die Nachhaltigkeitswende vielmehr als Motor für neues Wachstum, neue Arbeitsplätze und neue Konsumoptionen wie etwa Elektroautos gesehen werden. Hatten die Wissenschaft und die Bewegungen nicht gedrängt, dass angesichts der planetarischen Grenzen, die der Club of Rome ja schon in den 1970er Jahren angemahnt hatte, Begrenzung und Beschränkung jetzt das oberste Gebot sein müssen? Hatten sie nicht gerade in der Wachstumslogik das entscheidende Problem gesehen? Und auffällig ist schließlich auch, dass eine Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums nirgends zur Debatte steht, obwohl sie zweifellos eine unverzichtbare Grundbedingung für die Entschärfung der immer explosiveren Spaltung und Polarisierung ist – sowohl innergesellschaftlich als auch zwischengesellschaftlich und global?

Zusammengenommen hört sich all das, also die konkreten Überlegungen, praktischen Maßnahmen und ambitionierten Zukunftsziele, die nach dem Jahr der wirklich außergewöhnlichen Mobilisierung nun beschlossen werden, nicht unbedingt an nach *großer Transformation* und *Jetzt wird alles anders*, sondern wie die Zusicherung: *Auch in Zukunft bleibt das Meiste gleich*. Mag sein, *Unser Haus steht in Flammen*. Aber neben der Erkenntnis, dass *Weiter so, keine Option* ist, steht eben die eiserne Entschlossenheit, dass eine Abkehr von der gewohnten Ordnung niemals in Betracht kommt. Und Donald Trump erlaubt derweil wieder den uneingeschränkten Einsatz von Landminen, damit, wie das Weiße Haus zur Begründung sagt, „unser Militär die Flexibilität und Schlagkraft“ bekommt, „die es braucht, um zu siegen“.

Ist das nun ein Kniefall vor denen, die oft abwertend als unbelehrbar, unverbesserlich, uneinsichtig und irrational bezeichnet werden, als unmoralische Verächter der Menschenrechte, als illiberal und als anti-demokratisch? So könnte man es sich schönreden. Das wäre eine Erklärung, die uns entgegen kommt. Aber

tatsächlich richtet sich die Botschaft, die Agenda des Klimaschutzes und der Nachhaltigkeit müsse keine wesentlichen Einschränkungen bringen, sondern sei vor allem eine Chance für die Wirtschaft und die weitere Verbesserung der Lebensqualität, an eine breite gesellschaftliche Mehrheit. Sie überspannt alle gesellschaftlichen Spaltungen, umfasst alle sozialen Schichten und bezieht die verschiedensten Akteure ein, die gemeinsam einen Gesellschaftsvertrag zur Verteidigung *unserer Freiheit, unserer Werte und unseres Lebensstils* geschlossen haben; oder kurz, zur Verteidigung der nachhaltigen Nicht-Nachhaltigkeit.

Die Regierungskoalition in Österreich und der New Deal in Europa überbrücken also tatsächlich tiefe gesellschaftliche Spaltungen und artikulieren einen grundlegenden Konsens. Vielleicht ist es dann auch gar nicht so verwunderlich, dass die neue Regierung an der Migrationspolitik der alten festhält. Schließlich beruhen die Freiheits- und Berechtigungsansprüche, die so mit aller Entschiedenheit verteidigt werden, ganz wesentlich auf dem Prinzip der Ungleichheit und Ausgrenzung – das gerade die kosmopolitische Mittelklasse freilich selbst nicht gern einfordern und umsetzen mag. Geht es bei der Koalition also vielleicht weniger um *Kompromiss* als um effiziente *Arbeitsteilung*? Oder wie Sebastian Kurz es beschrieb, um die Vereinigung „des Besten aus beiden Welten“.

Solche Überlegungen sind, wie gesagt, für alle Beteiligten gleichermaßen unbequem. Für niemanden besteht ein Interesse daran, ihnen gründlicher nachzugehen. Wenn es aber doch noch gelingen soll, den Brand unseres Hauses zu löschen, sind sie wohl unverzichtbar. Sie im Detail zu entwickeln und ihren Wahrheitsgehalt genau zu prüfen, ist die ureigenste Aufgabe der Sozialwissenschaften. Sie stehen in der Verantwortung, sich weder von parteipolitischen, noch von ökonomischen oder von mobilisierungsstrategischen Agenden leiten zu lassen. Und auch das Wecken von Hoffnung ist nicht ihr Geschäft, sondern ihr Eid verpflichtet sie auf Wahrheit und Verständnis. Und es ist ihre Verantwortung, sich mit aller Anstrengung gegen die

Anziehungskraft der einfachen Antworten, Erklärungen und Lösungen zu stemmen, die von Aktivisten, Ökonomen, Technikern und Politikern überall als große Hoffnungsspende feilgeboten werden. Lösungen sind wichtig. Aber je mehr solche Lösungsvorschläge in den Verdacht geraten, eigentlich nur die bestehende Ordnung der Nicht-Nachhaltigkeit zu verlängern, desto dringender ist es, sehr viel genauer zu untersuchen, wie genau diese Ordnung sich eigentlich stabilisiert und reproduziert.

Und in dieser Hinsicht macht die sozialwissenschaftliche Untersuchung im Rückblick auf ein Jahr wirklich beeindruckender Mobilisierung vor allem eines klar: Eine große Transformation ist in der Tat im Gange; es ist aber nicht die Transformation, die von Umweltbewegungen und Nachhaltigkeitsforschern schon so lange gefordert wird. Klarer denn je können wir jetzt erkennen: Mehr Katastrophen führen nicht zu mehr Veränderungswillen. Die hergebrachte Annahme, dass mit den echten Katastrophen letztlich auch die echte Entschlossenheit käme, ist nicht mehr tragfähig. Klar ist nun ebenfalls: Mehr Information und Aufklärung führen nicht zu mehr Verantwortungsbereitschaft und ökologischer Vernunft. Auch die Vorstellung vom ökologisch

mündigen Bürger muss also aufgegeben werden. Drittens: Die hergebrachte Unterscheidung und Gegenüberstellung zwischen den Rechtschaffenen, den Guten, den ökologisch und sozial Progressiven auf der einen Seite und den Tätern, den Bösen, den Herrschenden und Regressiven auf der anderen, erweist sich angesichts des tatsächlichen Gesellschaftsvertrags der Nicht-Nachhaltigkeit als höchst zweifelhaft. Und schließlich: *Weiter so* ist für die Unterzeichner dieses imaginären Vertrags nicht nur eine Option, sondern eine ganz entschiedene Agenda: *Koste es, was es wolle!*

Das Gerede von der sozial-ökologischen Transformation hingegen ist eine Nebelkerze. Sie verhüllt die Sicht auf die tatsächliche Transformation: Mit dem Erreichen der biophysischen Grenzen, die in der Tat nicht verhandelbar sind, sind moderne Konsumgesellschaften in einen offenen Konkurrenz- und Ausscheidungskampf eingetreten, in dem wieder das Recht des Stärkeren gilt. Um ihre Flexibilität und Schlagkraft zu optimieren, bemühen sich diese Gesellschaften nach Kräften, Ballast abzuwerfen, und schärfen entschieden ihre Krallen. *This changes everything!*